19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 20. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Mai 2025)

zum Thema:

Schüler mit Verantwortung: Schulreinigung

und **Antwort** vom 30. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Juni 2025)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22620
vom 20. Mai 2025
über Schüler mit Verantwortung: Schulreinigung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Inwiefern haben Schülern ein formales Recht auf eine angemessene Lernumgebung - insbesondere in Hinblick auf die Sauberkeit? Welchen Rechtsanspruch haben Schüler auf Reinigung ihrer Schulen durch Dritte?

Zu 1.: Ein ausdrücklich normiertes Recht auf eine bestimmte Ausgestaltung der Lernumgebung - insbesondere in Bezug auf Sauberkeit - ist im Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG) nicht verankert. Der grundlegende Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule ergibt sich aus § 1 SchulG.

Ein unmittelbarer Rechtsanspruch auf die Reinigung der Schulen durch externe Dienstleister ist nicht gegeben. In der Praxis wird die Schulreinigung in sämtlichen Berliner Bezirken jedoch über beauftragte Reinigungsfirmen durchgeführt.

Zur Verbesserung der Sauberkeit an Berliner Schulen arbeitet die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) aktuell in der Arbeitsgruppe Schulreinigung gemeinsam mit den Bezirken an einer Fortschreibung der derzeit bestehenden Zielvereinbarung „Auf dem Weg zu saubereren Schulen - Qualitätsverbesserung Schulreinigung“.

2. Inwiefern und in welchem Umfang kann es sinnvoll sein, Schüler aus pädagogischen Gründen in die Schulreinigung einbeziehen? Was können Schüler dadurch lernen?

Zu 2.: Gemäß § 3 SchulG zählt die Schulreinigung unter pädagogischen Gesichtspunkten nicht zu den ausdrücklich gesetzlich verankerten Bildungs- und Erziehungszielen. Es ist zudem klar zwischen pädagogisch begleiteten Unterstützungsleistungen durch Schülerinnen und Schüler – etwa im Sinne von Ordnung im eigenen Lernumfeld – und der professionellen Schulreinigung zu unterscheiden, die ausschließlich von geschultem Reinigungspersonal durchzuführen ist.

3. Welche positiven Beispiele gibt es für die Einbeziehung von Schülern in die Schulreinigung an Schulen in Berlin oder aus anderen Ländern? Inwiefern könnte Berlin diesbezüglich von Japan lernen?

Zu 3.: Der SenBJF liegen derzeit keine wissenschaftlich fundierten und systematisch ausgewerteten Praxisbeispiele aus Berlin oder anderen Ländern vor, die als belastbare Grundlage für eine Übertragung in der Schulreinigung genutzt werden könnten.

4. Inwiefern ist es rechtlich problematisch (z.B. aufgrund von vertraglichen Regelungen mit Dritten, Aspekten der Qualitätssicherung oder aufgrund des Kinderschutzes), Schüler in die Schulreinigung einbeziehen?

5. Welche Art von Reinigungsmitteln (Chemikalien, Utensilien oder Werkzeuge), die üblicherweise bei der Schulreinigung zum Einsatz kommen, sind nicht für den Gebrauch durch Kinder geeignet?

Zu 4. und 5.: Gemäß der Verordnung über den Kinderarbeiterschutz (KindArbSchV) dürfen Kinder über 13 Jahre und vollzeitschulpflichtige Jugendliche grundsätzlich nicht beschäftigt werden, es sei denn, es handelt sich um leichte Tätigkeiten im Sinne des § 2 KindArbSchV. Die zulässigen Beschäftigungen müssen den Schutzvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) entsprechen (§ 2 Abs. 3 JArbSchG). Ergänzend verbietet § 22 Absatz 1 des JArbSchG die Beschäftigung Jugendlicher mit Arbeiten, bei denen sie schädlichen Einwirkungen von Gefahrstoffen im Sinne der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) ausgesetzt sind. Viele bei der Reinigung verwendete Substanzen gelten als Gefahrstoffe, insbesondere bei unsachgemäßer Anwendung. Im Rahmen der öffentlichen Vergabe von Schulreinigungsleistungen wird vertraglich geregelt, dass nur Reinigungs-, Pflege- und Desinfektionsmittel verwendet werden dürfen, die den Anforderungen der Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt (VwVBU) entsprechen. Im Hinblick auf die verwendeten Reinigungsmittel kommen die Bezirke ihrer Sorgfaltspflicht nach.

Zusätzlich dürfen die verwendeten Arbeitsmittel folgende Inhaltsstoffe nicht enthalten:

- Alkylphenoethoxylate (APEO)
- Nitrilotriacetat (NTA)
- Flurchlorkohlenwasserstoff (FCKW)
- P-Dichlorbenzol
- Salzsäure
- Phosphorsäure
- Aromatische und aliphatische Lösungsmittel
- Ethylendiamintetraacetat (EDTA)
- Phosphate
- Formaldehyd

Da die Verträge zwischen den Berliner Bezirken divergieren, verfügen sie über weitere Anforderungen wie EU-Umweltzeichen („EU-Blume“) für Allzweck- und Sanitärreiniger ((EU) 2017/1217), Umweltzeichens Blauer Engel, RAL-UZ 194. Grundsätzlich sind die Dienstleister verpflichtet, auf Nachfrage Sicherheitsdatenblätter und ein technisches Datenblatt über die verwendeten Reinigungsmittel vorzulegen.

6. Inwiefern gibt es seitens des Senats in Bezug auf die Einbeziehung von Schülern in die Schulreinigung Handreichungen und Empfehlungen oder Pläne zur Prüfung und Konzipierung?

Zu 6.: Seitens der SenBJF werden keine der Fragestellung entsprechenden Handreichungen und Empfehlungen oder Pläne erstellt.

Berlin, den 30. Mai 2025

In Vertretung
Dr. Torsten Kühne
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie